

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 04.06.2020
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitz

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Selige, Dieter
Averdiek, Andre
Dälken, Martin
Dierker, Heinz
Gröne, Christoph
Jantos, Annette
Müller, Arne
Schmechel, Peter
Springmeier, Wolfgang
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin
Plogmann, Karl-Heinz
Dimek, Torsten
Happe, Cordula
Kamlage, Christian
Hornstein, Anton
Witte, Stephan
Könen, Ruth
Meyer, Bettina
Otten, Niklas

Protokollführung

Kröner, Jörn

Zuhörende

Beermann, Volker

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung von Protokollen
2.1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2020 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 03.03.2020
2.2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2020 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 03.03.2020
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	ehemalige Klöcknerflächen
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Corona-Krise - Einsparpotentiale Haushalt 2020 und Folgejahre - Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: MV/015/2020
6.	Beratung verschiedener Anträge
6.1.	Antrag Malteser Hilfsdienst e.V.
6.2.	Antrag LFW - Ländliches Ferienwerk Studienreisen GmbH
7.	Beantwortung von Anfragen
8.	Anfragen
8.1.	Finanzierung Kindertagesstätten
8.2.	Doppelhaushalt

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung von Protokollen

2.1. Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2020 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 03.03.2020

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 01/2020 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 03.03.2020 wird genehmigt

2.2. Genehmigung des Protokolls Nr. 01/2020 über die nicht-öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 03.03.2020

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 01/2020 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 03.03.2020 wird genehmigt

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. ehemalige Klöcknerflächen

Erster Stadtrat Plogmann berichtet noch einmal zu den noch offenen Beträgen aus der Abrechnung der Erschließungsmaßnahmen der ehemaligen Klöcknerflächen. Nach verschiedenen Schreiben war die NBN (als Erschließungsträger) von der Stadt letztmalig mit Fristsetzung zum 31.03.2020 aufgefordert worden, die in Frage stehende Summe von 1,1 Mio. € an die Stadt zu zahlen. Dies verbunden mit der Ankündigung, dass nach fruchtlosem Fristablauf der Rechtsweg beschritten wird. Die NBN hat daraufhin keine Zahlung geleistet. Inzwischen hat die Rechtsanwaltskanzlei LAW AND MORE aus Düsseldorf das Mandat erteilt bekommen, die Stadt in diesem Verfahren zu vertreten.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Erster Stadtrat Plogmann stellt die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Steuererträge 2020 mit Stand 04.06.2020 wie folgt dar. Der Gesamtbetrag der Gewerbesteuer-Herabsetzungen auf die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen 2020 beläuft sich auf 5.374 T€. Davon wurden 4.975 T€ aufgrund von geänderten Gewerbesteuermessbescheiden herabgesetzt. Die Herabsetzungen verteilen sich auf insgesamt 107 Fälle. Ferner lagen mit Stand 04.06.2020 weitere 6 Anträge auf Herabsetzung mit einem Gewerbesteuervolumen von 399 T€ vor. Darüber hinaus wurden Gewerbesteuer Nachzahlungen aus Vorjahren in Höhe von 3.896 T€ aufgrund von Anträgen der Unternehmen gestundet. Die Stundungen auf Gewerbesteuer-Vorauszahlungen 2020 belaufen sich aktuell auf 384 T€. Insgesamt ist ein deutlicher Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen.

Bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer ergeben sich gegenüber den Planansätzen für den Haushalt 2020, aufgrund der für die niedersächsischen Gemeinden regionalisierten Mai-Steuerschätzungen des zuständigen Arbeitskreises Steuerschätzung im Ministerium für Finanzen, die folgenden Veränderungen. Gegenüber dem Planansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 16.050 T€ sinkt der Anteil der Stadt Georgsmarienhütte um 1.683 T€ auf 14.367 T€. Für die Umsatzsteuer ergibt sich für die Stadt Georgsmarienhütte ein Gemeindeanteil von 3.769 T€. Dies bedeutet eine Reduzierung von 301 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz (4.070 T€). In der Summe reduzieren sich nach den mitgeteilten Schätzungsdaten die prognostizierten Erträge aus den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer um rund 2 Mio. € gegenüber dem geplanten Haushaltsansatz.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer weist auf die geplanten Ausgleichszahlungen des Bundes für die Gewerbesteuerausfälle bei den Kommunen hin, die auf Basis der geplanten Gewerbesteuereinnahmen erfolgen sollen. Durchschlagend auf das Ergebnis seien daher nach seiner Ansicht eher die Ausfälle bei den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer. Letztere würden sich durch die geplante Absenkung der Steuersätze bei der Umsatzsteuer von 19 % auf 16 % beim Regelsteuersatz sowie von 7 % auf 5 % beim ermäßigten Steuersatz noch verstärken.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass es sich zum Zeitpunkt der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses bei dem beschlossenen Konjunkturprogramm lediglich um eine Einigung auf Kabinettschichtebene handle. Die endgültigen Auswirkungen auf die Stadt Georgsmarienhütte könnten daher erst nach Abschluss eines entsprechenden Gesetzgebungsverfahrens seriös prognostiziert werden.

5. Corona-Krise - Einsparpotentiale Haushalt 2020 und Folgejahre - Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: MV/015/2020

Erster Stadtrat Plogmann erläutert einleitend die Veränderungen beim Ergebnishaushalt im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft und weist daraufhin, dass die Auswirkungen auf die Gemeindeanteile bei der Einkommenssteuer und Umsatzsteuer mittlerweile mit einem Minderertrag in Höhe von 2,0 Mio. € als erste vorläufige Prognose quantifiziert werden können. Bei den allgemeinen Finanzmitteln verringern sich somit die Steuererträge insgesamt um 4.750 T€. Diese werden nur in geringem Umfang durch niedrigere Aufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage (225 T€) kompensiert. Bei den Fachbereichen ergeben sich verschiedene absehbare Änderungen bzw. vorgeschlagene Einsparmöglichkeiten, die zu einer Reduzierung der Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.289 T€ führen könnten. Anderer-

seits geht die Verwaltung auf der Ertragsseite von einem Rückgang der Erträge um 434 T€ aus. Dementsprechend ergebe sich mit Stand 04.06.2020 ein prognostizierter Gesamtfehlbetrag von 8,9 Mio. €. Auch durch größtmögliche Einsparanstrengungen der Verwaltung können sämtliche Einnahmenausfälle nicht kompensiert werden.

Ratsmitglied Selige weist darauf hin, dass man sich nicht in Haushaltsberatungen befinde und spricht sich gegen die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes aus. Weiterhin deutet er an, dass sich die finanzielle Lage der Stadt bereits durch die Steuerschätzungen im Herbst wieder signifikant verändern könnte.

Ratsmitglied Dälken sieht die durch die Verwaltung erstellten Listen als Grundlage für weitere Beratungen in den Fraktionen. Entsprechende Anträge auf Einsparungen seien durch die Fraktionen vorzubereiten und durch den Rat zu beschließen. Er erkundigt sich, ob angesichts der wegbrechenden Einnahmen von der Verwaltung die Möglichkeiten der Kurzarbeit geprüft worden sei, beziehungsweise ob es Überlegungen hinsichtlich eines Einstellungsstopps gebe. In diesem Zusammenhang fragt Ratsmitglied Dälken nach der Anzahl der offenen Stellen. Herr Kamlage stellt klar, dass Kurzarbeit in der Kernverwaltung nicht zulässig sei und bezieht sich dabei auf ein Rundschreiben des kommunalen Arbeitgeberverbands. Erster Stadtrat Plogmann ergänzt hierzu, dass der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes Kurzarbeit grundsätzlich nicht zulässt. Bezüglich der zurzeit nicht besetzten Stellen führt Herr Kamlage aus, dass eine Sachbearbeiter- und eine Hausmeisterstelle ausgeschrieben seien und aufgrund des fortgeschrittenen Auswahlverfahrens eine Rücknahme der Stellenausschreibung nicht mehr möglich sei. Ratsmitglied Müller erinnert an den vom Rat beschlossenen Stellenplan als Handlungsgrundlage für die Verwaltung und weist darauf hin, dass die Verwaltungstätigkeiten im Allgemeinen nicht durch die Corona-Krise entfallen würden.

Im Anschluss gibt Herr Kamlage im Form einer Kurzpräsentation einen Einblick in die Entwicklung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2020. Die geplanten Personalkosten 2020 belaufen sich auf 15.022 T€. Aufgrund von Elternzeit/Elternteilzeit/Sonderurlaub, Vakanzten sowie Erkrankungen/Ende Lohnfortzahlungen können aus heutiger Sicht in diesem Jahr 532 T€ eingespart werden. In der Prognose belaufen sich die Gesamtpersonalkosten somit auf 14.490 T€. Für den Stellenplan 2021 deutet Herr Kamlage an, dass sich die Verwaltung intern bereits auf eine Nullrunde verständigt habe. Abschließend stellt er noch weitere Projekte im Personalbereich wie die digitale Personalakte sowie den Aufbau eines Self-Service-Portals und eines Berichtswesens zum Gesamtpersonalhaushalt vor. Ratsmitglied Selige erkundigt sich nach der im Stellenplan vorgesehenen aber zurzeit noch nicht besetzten Stelle des Klimaschutzmanagers. Herr Kamlage weist darauf hin, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers in den vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten durch den Fachbereich IV aufgeführt wurde. Die Streichung dieser Position jedoch der politischen Diskussion vorbehalten sei.

Ratsmitglied Dierker hinterfragt die effizientere Vorgangsbearbeitung durch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und die damit verbundenen Kosteneinsparungen. Herr Kamlage weist daraufhin, dass die Hebung von Kosteneinsparungen durch digitalisierte Geschäftsprozesse ein verändertes Nutzerhalten der Bürger erfordere. Dieses könne bislang noch nicht festgestellt werden. Er ergänzt, dass dieses aufgrund der erst seit kurzer Zeit geschaffenen Möglichkeit des OpenR@thaus auch nicht zu erwarten gewesen sei.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann schlägt vor, die von der Verwaltung erarbeiteten Einsparungsmöglichkeiten im Ergebnishaushalt und bei den Investitionen des Finanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2020 durch die anwesenden Fachbereichsleiter*innen erläutern zu lassen. Auf die entsprechende Anlage zur Mitteilungsvorlage des TOP 5 wird an dieser Stelle verwiesen. Für die Fachbereiche 0, I und II übernimmt Erster Stadtrat Plogmann die Erläuterungen. Im Fachbereich 0 ergeben sich zwar Einsparungen durch den Ausfall kultureller Veranstaltungen sowie der Absage der Sommersaison der Waldbühne. Andererseits sei jedoch mit erheblichen Einbußen bei den Ticketverkäufen und Eintrittsgeldern zu rechnen.

Für die Waldbühne Kloster Oesede wird der Ausfall bei den Einnahmen aus Ticketverkäufen auf 140 T€ beziffert. Beim Fachbereich II weist Erster Stadtrat Plogmann insbesondere auf den Wegfall von Verwaltungsgebühren in den Bereichen Kfz-Zulassung, Bürgeramt und Standesamt hin. Diese beziffert er auf 146 T€. Weitere Einsparungen könnten sich durch die Absage der Kirmesveranstaltungen in Holzhausen und Oesede ergeben. Nach aktueller Lage sei davon auszugehen, dass auch diese Veranstaltungen abgesagt werden müssten. Endgültige Entscheidungen diesbezüglich stünden aber noch aus. Für den Fachbereich III ergeben sich laut Frau Happe insbesondere Einsparungen durch den Ausfall des Schwimmunterrichts in den Schulen sowie der Absage der Seniorennachmittage. Die Einsparungen werden mit ca. 28 T€ benannt. Ebenfalls aus Fürsorgepflicht wurden die für dieses Jahr geplanten Jugendbegegnungen frühzeitig abgesagt. Hierbei seien aber bereits Kosten für Stornierungen u.a. für gebuchte Flugtickets entstanden, sodass die Ausfälle der Erträge (35 T€) die Einsparungen von Aufwendungen (30 T€) übersteigen. Bei den Ferienpassaktionen werden in diesem Sommer insbesondere größere Veranstaltungen, wie beispielsweise Busreisen nicht durchgeführt. In Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und weiteren örtlichen Institutionen wird zurzeit ein alternatives Ferienpassprogramm erarbeitet. Durch die Übernahme der ausgefallenen Elternbeiträge bei den Kindertagesstätten für die Monate April und Mai kommt es zu einer Mehrbelastung von 80 T€.

Für das Bauunterhaltungsprogramm des zentralen Gebäudemanagements weist Herr Hornstein daraufhin, dass es sich bei den vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt lediglich um Verschiebungen in spätere Haushaltsjahre handele. Ungeachtet dessen beziffert er das identifizierte Einsparpotential des Bauunterhaltungsprogramms auf 465 T€. Bereits ausgeschriebene Projekte würden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit auch zum Abschluss gebracht. Ratsmitglied Averdiek fragt nach möglichen Personaleinsparungen im zentralen Gebäudemanagement. Herr Hornstein entgegnet, dass es durch die Corona-Krise zu einer Mehrbelastung des Personals im zentralen Gebäudemanagement gekommen sei. Diese ergebe sich u.a. durch aufwändige Beschaffungsmaßnahmen für Desinfektionsmittel und Schutzkleidung sowie die Erarbeitung von Hygieneschutzkonzepten. Die Ratsmitglieder Jantos und Trimpe-Rüschemeyer sprechen sich unisono gegen eine Verschiebung von Maßnahmen aus und plädieren für die durch den Haushalt vorgegebene Umsetzung des Bauunterhaltungsprogramms des zentralen Gebäudemanagements. Ratsmitglied Gröne spricht sich für die Berücksichtigung der Beantragung von Fördermitteln bei zu erhoffenden Corona-Konjunkturprogrammen für staatliche Bauprogramme bei der zeitlichen Planung der städtischen Bauprojekte aus.

Für den Fachbereich IV weist Herr Dimek darauf hin, dass für die Positionen Verkehrsentwicklungsplan und Mobilitätskonzept, Wohnraumförderung sowie Förderprogramm Dachbegrünung zwischenzeitliche Beschlüsse des Rates bzw. des Verwaltungsausschusses ergangen seien. Er ergänzt, dass das Ausschreibungsverfahren für das Straßenbauunterhaltungsprogramm 2020 eingeleitet worden sei. Entsprechende Beschlüsse hierzu sind in der Sitzung des Rates im Juli zu fassen. Ratsmitglied Dälken erkundigt sich nach den Möglichkeiten eines beschränkten Ausschreibungsverfahrens für das Straßenbauunterhaltungsprogramm. Herr Dimek erwidert, dass die Möglichkeit einer beschränkten Ausschreibung zwar grundsätzlich bestehe, er diese aber aufgrund der dann zu erwartenden geringeren Beteiligung an dem Ausschreibungsverfahren und den damit zu erwartenden höheren Angebotspreisen nicht für sinnvoll erachte. Darüber hinaus werde die Ausschreibung in verschiedenen Losen vorgenommen.

Anschließend werden die durch die Verwaltung erarbeiteten Einsparmöglichkeiten bei den Investitionen im Finanzhaushalt 2020 von den anwesenden Fachbereichsleitern*innen sowie durch den Ersten Stadtrat Plogmann erläutert. Auf die entsprechende Anlage zur Mitteilungsvorlage des TOP 5 wird an dieser Stelle verwiesen. Erster Stadtrat Plogmann weist auf eine kurzfristige Änderung der Aufstellung für den Fachbereich I hin. Entgegen der Einladung beigefügten Aufstellung schlägt die Verwaltung Einsparungen bei den beweglichen Vermögensgegenständen EDV in Höhe von 10.000 € vor und nicht bei den Investitionen

DMS/Digitalisierung. Herr Hornstein verdeutlicht nochmals, dass es sich bei den für das zentrale Gebäudemanagement vorgeschlagenen Einsparungen überwiegend um Verschiebungen in zukünftige Haushaltsjahre handele, sodass der Finanzhaushalt 2020 zwar entlastet würde, zukünftige Haushaltsjahre aber belastet werden. Konkretes Einsparpotential bestünde seiner Ansicht nach bei der Investitionsmaßnahme „Neubau Michaelisschule“. Das Einsparpotential einer Sanierung im Vergleich zum geplanten Neubau bezifferte er auf 1,77 Mio. €. Die anwesenden Ratsmitglieder sprachen sich jedoch mehrheitlich für den beschlossenen Neubau der Michaelisschule aus.

Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 5: „Organisationsuntersuchung zur Vereinfachung und Optimierung der Verwaltungsabläufe mit externer Beratung“.

Erster Stadtrat Plogmann sowie Herr Kamlage nehmen von Seiten der Verwaltungsleitung einführend detailliert Stellung zum Antrag der CDU-Fraktion. Auf die dem Protokoll beigefügte Stellungnahme der Verwaltungsleitung wird an dieser Stelle verwiesen. Erster Stadtrat Plogmann stellt abschließend klar, dass die Verwaltungsleitung eine extern begleitete Organisationsberatung nicht grundsätzlich ablehne. Eine pauschale Organisationsuntersuchung der gesamten Verwaltung, wie sie von der CDU-Fraktion beantragt werde, sei jedoch nicht zielführend. Bürgermeisterin Bahlo ergänzt hierzu, dass die Organisation der Verwaltung Aufgabe der Bürgermeisterin sei und sie diese Kompetenz auch nicht abgebe. Der Rat habe über den Stellenplan und die Haushaltsberatungen Gestaltungsmöglichkeiten. Die konkrete Umsetzung und Organisation in der Verwaltung obliege dem Organ Bürgermeisterin.

Nach ausführlicher Diskussion und Beratung des Antrages schlägt der Ausschussvorsitzende Hebbelmann vor, nicht über den Antrag abzustimmen, da die Verwaltung die vorgestellten Bedenken und Problemfelder aufgezeigt habe. Der Ausschussvorsitzende Hebbelmann hält es grundsätzlich aber für sinnvoll, die bestehenden Geschäftsprozesse der Verwaltung kritisch zu hinterfragen. Die Rechtsfragen zum Antrag der CDU-Fraktion sei daher zu prüfen und nach Klärung des Sachverhalts sei über den Antrag gegebenenfalls in der nächsten Ausschusssitzung abzustimmen. Über die vom Ausschussvorsitzenden vorgeschlagene Vorgehensweise besteht unter den anwesenden Ratsmitgliedern allgemeiner Konsens, so dass über den Antrag nicht abgestimmt wird.

6. Beratung verschiedener Anträge

6.1. Antrag Malteser Hilfsdienst e.V.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer hält den Antrag des Malteser Hilfsdienst e.V. auf einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 5.000 € für den „First Responder“ grundsätzlich für sinnvoll und befürwortet diesen. Er spricht sich jedoch dafür aus, weitere Institutionen mit vergleichbaren Angeboten einzubeziehen und schlägt daher vor den Antrag zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss weiter zu leiten. Ratsmitglied Dälken gibt zu bedenken, dass bei Annahme des Antrages weitere Anträge anderer Anbieter der „First-Responder“ Leistung zu erwarten seien. Ihm seien vier weitere Institutionen bekannt, die vergleichbare Anträge vorbereiten würden. Ratsmitglied Schmechel spricht sich, aufgrund der allgemeinen Verschlechterung des Gesundheitswesens durch die Privatisierung, für den Antrag aus.

Zum Antrag des Malteser Hilfsdienst e.V. auf einen jährlichen Zuschuss für den „First Responder“ in Höhe von 5.000 € ergeht folgender erweiterter Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung im Fachbereich III zurückgestellt. Der erweiterte Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen angenommen.

6.2. Antrag LFW - Ländliches Ferienwerk Studienreisen GmbH

Zum Antrag der LFW – Ländliches Ferienwerk Studienreisen GmbH über einen „Überlebens-Zuschuss“ in Höhe von 5.000 € ergeht folgender Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Die Stadt Georgsmarienhütte wird keinen eigenen Corona-Hilfsfonds einrichten.

7. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen lagen der Verwaltung nicht vor.

8. Anfragen

8.1. Finanzierung Kindertagesstätten

Ratsmitglied Dälken fragt nach, wann die von der Verwaltung angekündigten Berechnung zur Finanzierung der Kindertagesstätten vorgelegt werden. Erster Stadtrat Plogmann erwidert, dass die Berechnungen nahezu abgeschlossen sind und der diesbezügliche Arbeitskreis noch in diesem Monat eingeladen werde.

8.2. Doppelhaushalt

Ratsmitglied Selige regt die Prüfung der Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 aufgrund der anstehenden Kommunalwahl im Herbst 2021 an. Nach seiner Ansicht sollen hiermit Verzögerungen bei der Aufstellung des Haushaltsplan 2022 vermieden werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Kröner
Protokollführung